

(Sekretär Dr. Wagner [Dresden].)

(A) vor noch nicht einem Jahre —, einige Stellen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlese. Damals sagte der Herr Abgeordnete Barth:

Wir Wenden sind durchaus nicht gewillt, uns aufzugeben, und ich stelle fest, daß die königliche Staatsregierung, wie auch weite Gesellschaftskreise, bis in die höchsten Schichten hinauf, uns mit Wohlwollen entgegengekommen sind.

(Hört! hört! rechts.)

Dann sagt er weiter:

Die Geschichte des Krieges hat gelehrt, daß unsere Feldgrauen mit Hilfe der wendischen Muttersprache im Osten sehr weit gekommen sind, daß unsere Volksgenossen bei den Truppenteilen, sei es im Osten, sei es im Südosten, als Dolmetscher sehr gute Dienste geleistet haben. Sie wissen, daß wir Wenden, was Opferfreudigkeit und Hingabe an das gemeinsame Vaterland anlangt, den anderen Volksstämmen in nichts nachstehen.

(Hört! hört! rechts.)

Ich betone: Das sagte er im letzten April.

Dann hat er weiter erklärt:

Deshalb bitte ich das Hohe Haus und die königliche Staatsregierung, auch dem Wendenvolke, so klein es auch ist, bei allen Maßnahmen, die Volksschule betreffend, das bisher bewährte Wohlwollen auch weiter zu erhalten.

(B)

Nun, ich glaube, in einen schärferen Widerspruch kann man sich wohl kaum verwickeln als Herr Barth, wenn man seine Reden nach der Revolution in Betracht zieht.

Bei den Gründen der Bewegung muß man unterscheiden zwischen den Agitatoren und dem wendischen Volksteil, der sich hat verführen lassen. Es ist richtig, daß in der Bevölkerung Wünsche nach staatlicher Abtrennung zunächst nicht vorhanden waren, und ich gebe auch dem Herrn Minister Bueß zu, daß die Frage der Trennung von Kirche und Staat und des Religionsunterrichts in der Volksschule, wenn ihre diktatorische Regelung auch sehr befremdete und Widerspruch erweckte, doch in der Bevölkerung von sich allein nicht in dieser Richtung gewirkt hätte. Aber diese diktatorische Verordnung des Herrn Bueß war für die Agitatoren ein sehr willkommener Vorwand, eine erwünschte Waffe, um ihrerseits die wendische Bevölkerung aufzureizen und in der Richtung der Loslösung von Sachsen zu wirken.

Wenn Herr Minister Bueß hierbei noch ausgeführt hat, daß in der Zeit, wo tausend andere schwere Dinge uns bewegen, die wendische Frage nicht noch hätte ins Volk geworfen werden dürfen, so möchte ich entgegen, daß gerade in solcher Zeit, wo die schwersten Fragen auf wirtschaftlichem Gebiete zu erledigen gewesen wären,

wo so fürchtbar viel Not und Elend zu heilen war, wo es galt, zunächst für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, mit der Frage der Trennung von Kirche und Schule, die Jahrhunderte als Problem beschäftigt hat, auch wohl noch einige Zeit hätte gewartet und nicht im Wege der Diktatur einer provisorischen Regierung mit rauher Hand hätte eingegriffen werden müssen.

(Sehr richtig! rechts. — Abgeordneter Fleißner: Es war die höchste Zeit!)

Es ist weiter von der Reise des Herrn Barth nach Paris gesprochen worden. Ich möchte nach dem, was der Herr Abgeordnete Dr. Kaiser hierzu gesagt hat, nur noch erwähnen, daß die „Bohemia“, ein doch gewiß gut unterrichtetes Blatt, versichert hat, die Zusagen, die Herr Barth behauptet, seien ihm nicht gemacht worden. Im übrigen hat Herr Barth ja immerhin noch eine gewisse Mäßigung an den Tag gelegt. Er hat gesprochen vom wendischen Volksheer, von der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit, von der wendischen Post und Eisenbahn, aber zur wendischen Universität hat er sich doch noch nicht verstriegen.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Was die Agitatoren betrifft, so glaube ich persönlich, daß, abgesehen von persönlichem Ehrgeiz, die nackte Selbstsucht die Triebfeder ihres Handelns ist. Die Wenden wännen, daß sie, wenn sie sich los trennen, von den Kriegskosten verschont bleiben, daß ihnen Rohstoffe eher zugehen als den Deutschen und daß ihnen von der Entente auch sonstige wirtschaftliche Vorteile zugewendet werden. Nach den früheren Reden Barths würde diese unterschiedliche Behandlung kaum zu erhoffen sein. Jedenfalls sind es nicht ideale, sondern rein materielle Gründe. Unseren Unterhändlern möchte ich empfehlen, wenn wirklich auf der Friedenskonferenz die Wendenfrage verhandelt werden sollte, diese früheren Landtagsreden des Herrn Barth mitzunehmen und vorzulegen, um zu zeigen, wie inhaltlich unwahr der ganze Plan ist.

Meine Herren! Der Herr Minister Dr. Gradnauer hat in seiner Antwort, die mich im allgemeinen befriedigt hat, auch darauf hingewiesen, daß die ganze Frage keine bedrohliche Bedeutung hätte, wenn nicht im Hintergrunde der tschecho-slowakische Staat stände mit seinen Machtbestrebungen. In dieser Richtung ist es von Bedeutung, daß der Ministerpräsident dieses Staates, Dr. Kramarsch, am 20. Dezember sich offen dahin ausgesprochen hat, daß für die Bildung der neuen demokratischen Staaten nicht der Wille der Beteiligten, sondern der einseitige

(A)

(D)